

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932**

25.5.1932 (No. 120)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. K. M. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halbfester Rabatt, der als Kasenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Kaufstriche werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Bezahlung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachlehrerregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Besichtigung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Hundertjahrfeier der bad. Gefangenenfürsorge

#### Festakt in Heidelberg

In der Aula der alten Universität Heidelberg fand am Dienstag die Hundertjahrfeier des bad. Landesvereins für Jugendschutz, Gerichtshilfe und Gefangenenfürsorge statt. Der Vorsitzende des Landesvereins, Ministerialrat Umbauer, begrüßte den badischen Staatspräsidenten, die Vertreter der Justizministerien des Reiches und der Länder, Vertreter des Landtags und der Kirche, des deutschen Reichszusammenschlusses für Gerichtshilfe, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge, den Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, die Vertreter der Universitäten Heidelberg und Freiburg, sowie der Handelshochschule Mannheim und nicht zuletzt Vertreter aus der Schweiz.

Die Grüße der badischen Staatsregierung, der Justizverwaltung, des Reichsjustizministers und auch der Reichsregierung übermittelte

#### Staatspräsident Dr. Schmitt

Er führte u. a. aus:  
Namens der badischen Regierung und der badischen Justizverwaltung danke ich ergebenst für die freundliche Einladung zu dieser Feier. Ich freue mich, dem Badischen Landesverband für Jugendschutz, Gerichtshilfe und Gefangenenfürsorge zur Hundertjahrfeier der badischen Gefangenenfürsorge die herzlichsten Glückwünsche der badischen Regierung und der badischen Justizverwaltung überbringen zu können. Auch der Herr Reichsjustizminister, der leider verhindert ist, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, hat mich gebeten, Ihnen seine herzlichsten Grüße zu übermitteln und Ihrer Feier einen ausdrucksvollen Verlauf und eine nachhaltige Förderung Ihrer Ziele zu wünschen. Auch die Reichsregierung wünscht ebenso wie die badische Regierung der Anerkennung für das jahrbückerlange, opferwillige und segensreiche Wirken der badischen Gefangenenfürsorge hiermit sichtbaren Ausdruck zu geben.

Die Justizverwaltung des Reiches und des Landes bringen der Tätigkeit der Gefangenenfürsorge das lebhafteste Interesse entgegen. Die Ziele des Strafvollzugs sind nicht zu erreichen, wenn den Maßnahmen zur Sühne des Verbrechens, zur Sicherung der Gesellschaft und zur Erziehung und Besserung des Täters nicht die Fürsorge für die Gefangenen und ihre Angehörigen unterstützende und ergänzende zur Seite tritt. Die sozialen Verhältnisse führen dazu, daß die Abmilderung des Verbrechens und der Vollzug der Strafe in vielen Fällen über die gewollten Wirkungen und die Zeit der Strafverbüßung hinaus den Verurteilten in seiner bürgerlichen Existenz entwürzelt, aus seinem Lebenskreis herausreißt und seine oft schuldlose Familie bitterer Not überliefert. Diese Wirkungen der Strafe sind nicht gewollt, und es ist Aufgabe des Staates und der Gesellschaft, sie nach besten Kräften zu verhüten oder zu mildern.

Die Erkenntnis dieser Verknüpfung gewollter und ungewollter Folgen der Ausübung der Strafe gegen die staatliche Gesetzgebung hat immer wieder mitleidige Menschen der selbstlosen Arbeit in der Fürsorge für die Gefangenen und ihre Familien zugeführt. Auch der Staat hat in den vergangenen Jahrzehnten die sittliche Verpflichtung erkannt, nicht nur die von der privaten Liebeshandlung getragene Arbeit der Gefangenenfürsorge wohlwollend zu fördern, sondern auch selbst diese Fürsorge in seinen Aufgabenkreis einzubeziehen.

Gerade in Baden ist die Geschichte der Gefangenenfürsorge in den vergangenen 100 Jahren nicht nur eine solche der privaten Vereine, sondern auch eine Geschichte staatlicher Gefangenen- und Entlassenenfürsorge. Der in dem Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes aufgetauchte Grundgedanke, daß die Fürsorge für die Entlassenen eine gemeinsame Angelegenheit des Staates und der Gesellschaft sei, ist in Baden stets beachtet worden. Die Fürsorgefähigkeit der privaten Vereine genießt weitgehendste Förderung und persönliche und sachliche Unterstützung durch amtliche Stellen.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit dankbar anerkennen, daß sich der Fürsorgetätigkeit in den badischen Vereinen für Jugendschutz, Gerichtshilfe und Gefangenenfürsorge badische Richter und badische Strafvollzugsbeamte aller Art selbstlos und erfolgreich zur Verfügung gestellt haben.

Die Justizverwaltung erkennt aber auch dankbar an, daß die amtliche Gefangenenfürsorge nicht zu denken wäre, ohne die ergänzende Arbeit der privaten Vereine, in denen sich die private Liebeshandlung so segensreich entfaltet. Mit besonderer Freude gedenke ich heute hier der erfolgreichen Mitarbeit der Caritas, der inneren Mission und anderer religiöser Vereine. Religiöse Kräfte geben starken Antrieb und sind ein gutes Bindemittel. Leider zwingt heute die Finanznot zu sparsamster Verwendung aller öffentlichen Mittel; sie ist nicht ohne bedauerliche Minderwirkung auf die staatliche Gefangenenfürsorge geblieben. Dabei hat die gegenwärtige Notlage die Aufgaben der Gefangenenfürsorge, sowohl was die Zahl der Gefangenen als was die Art der Fürsorge angeht, um ein Vielfaches erweitert und ihre Erfüllung den größten Schwierigkeiten ausgesetzt. Eine der wichtigsten Aufgaben der Entlassenenfürsorge, dem Bestreben nach dem Strafvollzug eine Arbeitsstelle zu sichern, ist bei der gewaltigen Arbeitslosigkeit nahezu unerfüllbar geworden. Es bedarf seiner Betonung, daß die staatliche Gefangenenfürsorge heute mehr denn je der Unterstützung durch die private Fürsorgetätigkeit bedarf. Je mehr die staatliche Gefangenenfürsorge in ihren Mitteln be-

### Letzte Nachrichten

#### Die Präsidentenwahl im Preussischen Landtag

##### Einigung unter den Parteien

BDZ. Berlin, 25. Mai. (Tel.) Nach dem Ausgang der Beratungen des Ältestenrates des Preussischen Landtages ist die Präsidentenwahl gesichert. Landtagspräsident wird Abg. Herrl (Nat. Soz.), 1. Vizepräsident Abg. Wittmann (Sozdem.), 2. Vizepräsident Abg. Baumhoff (Zentr.), 3. Vizepräsident Abg. Dr. v. Kries (D. Natl.). Die für 13 Uhr angeordnete Sitzung des Landtages wurde auf 14 Uhr vertagt, da die Beratungen des Ältestenrates sich länger als beabsichtigt hinzogen.

Der neue Preussische Landtag hielt am Dienstag seine konstituierende Sitzung unter Leitung des Ältestenrates des Abg. Krumm (Nat. Soz.) ab, die ohne nennenswerte Störung verließ und rein formalen Charakter hatte. Zur Wahl des Präsidiums vertagte sich das Haus auf den heutigen Mittwoch.

#### Die Deutschnationalen an den Reichspräsidenten

##### Einberufung des Reichstags verlangt

DNV. Berlin, 25. Mai. (Priv.-Tel.) Wie wir von maßgebender deutschnationaler Seite erfahren, wird die deutschnationale Reichstagsfraktion sich heute mit einem dringenden Appell an den Reichspräsidenten wenden, um gegen die geplanten Notverordnungen Verwahrung einzulegen und ihn zu bitten, auf Grund der ihm im Artikel 24 der Reichsverfassung gegebenen Vollmacht vor sich aus die alsbaldige Einberufung des Reichstags zu veranlassen. Dem Schreiben wird neben einer staatsrechtlichen Darlegung der bekannten Vorgänge, mit denen der Reichspräsident die Nichtberufung des Reichstags begründet, das Urteil des Staatsgerichtshofs des Deutschen Reiches vom 12. Februar 1932 beigefügt werden, aus dem nach Ansicht der Appellanten die Unhaltbarkeit der bisherigen Entscheidungen des Reichspräsidenten hervorgehe.

#### Saushaltsausblick des Reichstags

##### Ein Beschluß gegen das Finanzprogramm der Städte

BDZ. Berlin, 25. Mai. (Tel.) Der Saushaltsausblick des Reichstags beschloß auf Antrag der Kommunisten mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten, daß gegen das vom Städtetag aufgestellte sogenannte Finanz- und Wirtschaftsprogramm folgende Maßnahmen ergriffen werden sollen:

Reichs- und Landesregierungen sollen die Vorschläge auf weiteren Abbau der Arbeitslosenversicherung und der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge sowie sonstiger sozialer oder kultureller Verschlechterungen nicht durchführen. Die bereits durchgeführten Maßnahmen werden rückgängig gemacht. Länder und Gemeinden werden verpflichtet, Wohlfahrtsunterstützung nach den Sätzen der gehobenen Fürsorge, mindestens in der Höhe wie am 1. Januar 1931, zu zahlen, Krankenhäuser, Badeanstalten usw. nicht zu schließen oder einzuschränken, Zusammenlegung von Schulen oder Klassen und Einschränkungen des Lehrkörpers zu unterlassen. Die Lehrmittel sind widerbeschaffen kostenlos zu liefern, die Schulpfeisungen in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

Japanische Borräden in der Mandchurei. Eine japanische Division hat Dulan (25 Meilen nördlich von Charbin) besetzt. 500 chinesische Soldaten wurden gefangen genommen. Die Chinesen sind in nordwestlicher Richtung geflohen. Die japanischen Truppen nähern sich der russischen Grenze. Die Verlegung des japanischen Hauptquartiers von der Südmandschurei nach Charbin wird lebhaft erörtert.

Schränkt ist, um so mehr müssen die hilfsbereiten Kräfte der Bevölkerung gewandt und zu gemeinsamer Arbeit herangezogen werden. So wie die gemeinsame Not der Völker in erster Reihe nur durch Zusammenarbeit aller Völker behoben werden kann, so wie die Not der Arbeitslosen nur durch Mithilfe aller Volksgenossen einigermaßen gelindert werden kann, wie dies z. B. durch gemeinsame Winterhilfe geschehen ist, so kann auch die Gefangenenfürsorge heute nur aus der gemeinsamen Mitarbeit aller dazu Verufenen Hoffnung schöpfen.

Es folgte eine große Zahl weiterer Begrüßungsansprachen. Der Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Freiburg, Prof. Dr. Kern, überreichte Oberregierungsrat Köhler, Strafanstaltsdirektor in Freiburg, der schon 25 Jahre im Strafvollzugsdienst und früher in Mannheim war, ein Diplom, womit ihn die Juristische Fakultät der Universität Freiburg zum Ehren doktor beider Rechte ernannt.

Der Vorsitzende des Vereins zur Rettung sittlich verwahter Kinder in Baden teilte die Selbstauflösung dieses Vereins mit. Der Verein habe sein 50 000 RM. Beitragendes Vermögen der badischen Gefangenenfürsorge gestiftet.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Festvortrag von Professor Dr. Raddach über das Thema: „Der Erziehungsgehalt im Strafvollzug“. (Wir werden auf den Vortrag noch zurückkommen.)

Lebhafter Beifall dankte dem Redner. Mit dem Beispiel zu den Weiterführenden schloß die Feier. Am heutigen Mittwoch besichtigten die Teilnehmer die Strafanstalten in Bruchsal, Mannheim und Sinsheim a. d. Elsenz.

### \* Schwebezustand

Sowohl in außenpolitischer wie in innenpolitischer Beziehung befindet sich auch heute, 10 Tage nach Pfingsten, noch alles in der Schwebe. Auf der Abrüstungskonferenz ist man nicht vorwärts gekommen, die Vorbereitungen für Kaufmann sind über das Stadium des Verhandlungstechnischen noch nicht hinausgedrungen, im Fernen Osten glimmt die Lunte, die zum Pulverfaß führt, noch immer und dieses Faß kann jeden Tag explodieren.

Und ähnlich ist es auf dem Gebiet der inneren Politik in Deutschland. Die neueste Notverordnung des Kabinetts ist noch nicht veröffentlicht worden, weil die Unterschrift des Reichspräsidenten noch nicht vorliegt. Das Reichskabinet selbst leidet noch immer unter der Tatsache, daß mehrere Ministerien unbesetzt sind. Das Reichsaussenministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichswehrministerium sind vakant. Zu allem Überflus spricht man aber neuerdings in Berlin davon, daß auch die Minister Schiele, Dietrich und Schlange ernstlich entschlossen seien, von ihren Ämtern zurückzutreten. Und schließlich erhält sich nach wie vor die Behauptung, daß Herr Groener das Innenministerium nicht mehr behalten werde. Die Regierungsbildung ist in Preußen, in Bayern und in Württemberg auch noch nicht um einen Schritt vorangekommen. Was Preußen anlangt, will man die Entwicklung der Dinge im Reich abwarten.

Dieser Wille besteht nicht nur beim preussischen Zentrum, das selbstverständlich auf die Person und die Politik des Reichskanzlers Dr. Brüning weitgehende Rücksicht zu nehmen hat, sondern auch bei den Nationalsozialisten, die von vornherein erklärt haben, daß ihnen mit einem Kurswechsel in Preußen nicht gebietet sei, und daß sie im Zusammenhang mit einer Kabinettsveränderung in Preußen auch einen völligen Wandel der Dinge im Reich zu fordern hätten, und zwar auf der Grundlage neuer Reichstagswahlen.

Die letzte Entscheidung in diesen das Reich betreffenden Fragen wird der Reichspräsident, Herr von Hindenburg, zu treffen haben. Deshalb sieht man der Unterredung zwischen ihm und dem Reichskanzler, die für Samstag oder Sonntag erwartet wird, mit begreiflicher Spannung entgegen. Wie aus den Artikeln der Zentrumspresse hervorgeht, wird Reichskanzler Dr. Brüning in dieser Unterredung die Vertrauensfrage stellen. Er werde das mit um so größerem Nachdruck tun, als ganz bestimmte Kräfte in Berlin am Werke seien, den Reichskanzler zu stürzen und dabei nicht nur die innerpolitischen Schwierigkeiten auszunutzen, sondern auch die Außenpolitik heranzuziehen. Die Fronde gegen den Kanzler habe in dem General von Schleicher und in dem Staatssekretär Dr. Weizsäcker, also in Persönlichkeiten aus der Umgebung des Reichspräsidenten, ihre Hauptvertreter. Die Fronde arbeite vor allem mit dem Argument, daß Brüning noch vor Kaufmann zurücktreten müsse, da „er nicht imstande sei, den nationalen Willen Deutschlands mit der nötigen Energie zu vertreten“.

Man kann sich denken, daß alle diese Dinge die Freunde des Reichskanzlers aufs schwerste beunruhigen müssen. Sehr mit Recht spricht heute der „Badische Beobachter“ von einem „staatspolitischen Zwielt“, das sich nicht länger ertragen lasse. Der Kanzler werde die kommende Notverordnung gewiß nur dann veröffentlichen und vertreten, wenn er die Gewißheit habe, daß er mit seiner Politik das uneingeschränkte Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt.

Niemand wird dieser Auffassung die Berechtigung aberkennen dürfen. Die neueste Notverordnung ist gewiß nicht geeignet, Popularität zu erwerben. Es wäre ein eigentümliches Spiel, wenn man das jetzt amtierende Reichskabinet und die seine Politik unterstützenden Parteien noch ruhig mit der Verantwortung für diese neue Notverordnung und mit der damit verbundenen Unpopularität belassen wollte, um dann nachher doch noch einen völligen Kurswechsel vorzunehmen. Man kann es jedenfalls begreifen, daß die maßgebenden Führer der hinter dem Kabinet stehenden Parteien und der Reichskanzler Dr. Brüning selbst entscheidenden Wert darauf legen, die Vertrauensfrage vorher zu klären und sich vorher zu vergewissern, ob das Kabinet durch die Autorität des Reichspräsidenten, weiterhin Politik auf lange Sicht treiben kann oder nicht.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 24. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Entscheidung, die am Samstag oder Sonntag fallen wird, können die Vorgänge im preussischen Parlament nicht das Interesse beanspruchen, das ihnen sonst zukäme. Im übrigen charakterisieren auch diese Vorgänge die Tatsache des Schwerezustandes. Denn, ob heute ein nationalsozialistischer Landtagspräsident gewählt wird oder nicht, das ist schließlich von nebensächlicher Bedeutung im Vergleich mit der viel wichtigeren Frage, ob nun überhaupt im Reich und in Preußen ein Kurswechsel stattfindet oder nicht. Versichert der Reichspräsident den Reichszkanzler von neuem seines uneingeschränkten Vertrauens, bleibt also im Reich weiterhin alles beim alten, dann ist von vornherein jede Unterhaltung über die Bildung einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen überflüssig, dann werden die Nationalsozialisten ihren bisherigen Erklärungen nach im Reich und in Preußen Oppositionspolitik betreiben und im Reich und in Preußen alles versuchen, um Neuwahlen herbeizuführen.

Jedenfalls haben sich die Verhältnisse in den letzten Wochen und noch mehr in den letzten Tagen in Berlin außerordentlich zuspitzt. Und die neue Notverordnung, die als düsterer Schatten über dem Ganzen schwebt, ist gewiß nicht geeignet, die Stimmung zu verbessern. Herr von Hindenburg wird am Samstag oder Sonntag einen Entschluß von größter Tragweite zu fassen haben. Wir können nur wünschen, daß dieser Entschluß so ausfällt, wie es den Interessen der Nation am meisten entspricht.

### Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses Deutschlands Gleichberechtigung — Für Danzig und Memel

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags nahm am Dienstag nach Referat des Reichszkanzlers und des Vizepräsidenten Radolny verschiedene Abstimmungen vor.

Angenommen wurde ein Antrag Dr. Frids (Nat.-Soz.), der, nachdem er mit einer von der Deutschen Volkspartei beantragten Abänderung versehen war, die Reichsregierung ersucht, alles daran zu setzen, daß die Gleichberechtigung, die besonders von einem Lande nur als „theoretisch“ bezeichnet wird, in einwandfreier Formulierung entsprechend dem Artikel 8 der Völkervereinbarung und unter Ablehnung des § 53 des Abkommensentwurfes als tatsächliche Voraussetzung anerkannt wird und als bindende Grundlage für alle weiteren Abklärungsverhandlungen zu gelten hat. — Die Annahme dieses Antrages erfolgte mit sämtlichen Stimmen gegen die Kommunisten bei Stimmhaltung der Deutschen Nationalen.

Mit 11 gegen 10 Stimmen wurde ein weiterer nationalsozialistischer Antrag angenommen, der die Reichsregierung ersucht, die polnische Republik nicht darüber im Unklaren zu lassen, daß jeder Angriff auf den Freistaat Danzig vom ganzen deutschen Volke als Angriff auf deutsche Lebensrechte betrachtet und dementsprechend beantwortet werden würde.

Schließlich fand mit sämtlichen Stimmen außer denen der Kommunisten ein Zentrumsantrag Annahme, der wie folgt lautet: „Der Auswärtige Ausschuss hat Kenntnis genommen von der Erklärung des Reichszkanzlers, wonach die berechtigten Interessen unserer deutschen Volksgenossen in Memel und in Danzig gegen jeden unzulässigen Eingriff nachdrücklich geschützt werden. — Im Hinblick auf die das deutsche Volk empörenden Vorgänge in Memel und in Danzig erwartet demgemäß der Auswärtige Ausschuss, daß die Reichsregierung alle geeigneten Vorkehrungen trifft, um jeden Versuch einer erneuten Vergeßlichkeit dieser Rechte und Interessen rechtzeitig zu verhindern.“

### Der Fall Borchard-Apelbaum

Die schwere Beschuldigung des Versicherungsbetruges, die gegen den Bankier Borchard und den Generaldirektor der Vereinigten Krankenberf.-Ges., Apelbaum, in Berlin, erhoben wurde, geht ihrer Klärung entgegen. Apelbaum ist nach mehrstündiger Vernehmung von der Polizei entlassen worden, muß sich aber zur Verfügung der Behörde halten. Bankier Borchard wurde jedoch nicht freigelassen.

Die Vereinigte Krankenversicherungs-AG. veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, die Anschuldigungen seien von entlassenen Angestellten des Bankhauses Danzmann und Zimmermann erhoben worden. Die Beziehungen zu dem Bankhaus seien bereits seit etwa drei Jahren gelöst. Es habe sich bereits früher herausgestellt, daß an den Beschuldigungen kein wahres Wort sei. Die Interessen der Versicherten seien niemals benachteiligt worden. Der Vermögensstand der Gesellschaft sei der denkbar günstigste. Das Aktienkapital befinde sich in den Händen der größten und angesehensten Rückversicherungsunternehmen. Die Gesellschaft werde gegen unwahre Gerüchte mit gesetzlichen Mitteln vorgehen.

### Kleine Chronik

Das Flugboot „Do X“ ist am Dienstag um 10.20 Uhr in Southampton, wie gemeldet, zum Fluge über Holland, England und Hamburg nach Berlin gestartet und abends halb 7 Uhr auf dem Müggelsee bei Berlin unter dem begeisterten Jubel von Hunderttausenden niedergelangen. Es wurde vom Reichsminister Treviranus begrüßt.

Ein Polizeibeamter überraschte in Frankfurt a. M. vergangene Nacht mehrere junge Leute, die gerade dabei waren, ein die Uferstraße vom Main trennendes Holzgelande durchzuführen. Einer der Vurschen schleuderte einen Hammer gegen den Beamten. Der Täter, der dann zu weiteren Tätlichkeiten überging, wurde von dem Beamten durch drei Schüsse tödlich verletzt. Die anderen Vurschen flüchteten und konnten in der Dunkelheit entkommen.

Der Kommunist van Ende, der wegen Tötung des Nationalsozialisten Garthe in Offen vor Gericht stand, wurde wegen vorläufigen Totschlags in Tateinheit mit Raubhandeln und verschiedener Waffendelikte zu 12 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Die Liste der bei dem Brande des Dampfers „Georges Philippart“ vermissten Passagiere zeigt 53 Namen, unter ihnen 14 Chinesen.

Obwohl die Nachricht vom Tode des Generals Schirakawa an den Folgen des Scharhailer Attentats aus sehr zuverlässiger Quelle kam und die Zeitungen von Tokio und Scharhail lange Nachrufe brachten, wird jetzt in Tokio erklärt, der General sei noch am Leben. Eine Interleibsoperation habe sein Leben verlängert.

Gustav Winter aus der Haft entlassen. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat und Betriebsanwalt Gustav Winter, der in der Baubüro Strafanstalt eine längere Gefängnisstrafe verbüßt, ist auf Grund eines Gnadenaktes mit Bewährungsfrist vor einigen Tagen aus der Haft entlassen worden.

## Die Badischen Behörden auf der Wanderausstellung der DLG. in Mannheim

### Landwirtschaftliches Schulwesen

Das badische Ministerium des Innern hat in Zusammenarbeit mit den Kreisverwaltungen im „Badischen Belt“ der diesjährigen Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft die erste Koje in dem Mittelgang des Zeltes belegt. Ein Rundgang durch diese Koje wird den Besuchern über das mannigfaltige Aufgabengebiet überraschen und nicht nur dem Landwirt, sondern auch dem Städter manches Interessante bieten.

Das erste Schaubild über die Bedeutung der Landwirtschaftsförderung zeigt, wie diese das komplizierte Nadelwerk des ganzen Wirtschaftslebens beeinflusst und antreibt. Eine große Zusammenstellung auf der Rückwand stellt die Tätigkeit des Landesökonomierats dar: als Schema sind die einzelnen Arbeitsgebiete aufgeführt, darum gruppieren sich sieben Bilder der badischen Künstler Helmut Eichrodt und Hans Schroeder, die Szenen aus einzelnen Arbeitsgebieten des Landesökonomierats zeigen. Die nächste Seitenwand ist den Landwirtschaftsschulen vorbehalten. Vier Bilder zeigen die trotz des starken Aufschwungs der Nachkriegszeit immer noch auffallende Minderbenutzung und die Zurücksetzung gegenüber dem übrigen Fachschulwesen (den Gewerbe- und Handelsschulen). Eine Karte von Baden zeigt den Besuch der Landwirtschaftsschulen aus jeder Gemeinde des Landes. Auf einer andern Karte sind die ehemaligen Landwirtschaftsschulen, die in irgendeiner führenden Stellung im öffentlichen Leben stehen, durch Nadeln mit verschiedenen Köpfen gekennzeichnet.

Die andere Hälfte der Koje zeigt in anschaulichen Gegenüberstellungen den besseren Betriebserfolg, der durch die Fachberatung in Betrieben aus verschiedenen Gegenden Badens bisher erzielt wurde. Den größten Raum — eine Fläche von über 10 Quadratmetern — nimmt das Diorama ein. Die eine Seite desselben zeigt die rückständige, die andere die zweckmäßige Bodennutzung. Geplante, Geräte und Menschen sind naturgetreu modelliert. Der Hintergrund, ein Gemälde des Schwarzwalder Künstlers Schroeder zeigt eine Schwarzwalddiaphantase, zu der das Auge des Besuchers immer wieder hingezogen wird, das, ohne müde zu werden, eine Menge von Einzelheiten entdekt, und alte Erinnerungen an herrliche Schwarzwaldbilder tauchen auf!

Gerade für diese Koje sollte sich daher der Besucher der Ausstellung genügend Zeit nehmen.

### Wasser- und Straßenbaudirektion

Die Wasser- und Straßenbaudirektion Karlsruhe zeigt in drei Kojen, „Gemeindewasser- und Feldbereinigung“ und „Kulturverbesserung“, technische Zeichnungen, Lichtbilder und statische Darstellungen aus diesen Gebieten. Die Koje „Gemeindewasser- und Feldbereinigung“ enthält in der Unterabteilung „Wassergewinnung und Wasserverteilung“ Zeichnungen der verschiedenen Arten der Trinkwassergewinnung, wie Quellsassungen, Grundwassererschließungen mittels Tiefbrunnen, Wassergewinnung aus dem Boden (Meersburg) und Verwendung von gereinigtem Badwasser für die Trinkwasserversorgung (Hornberg), ferner technische Zeichnungen der verschiedenen Typen von Wasserpumpen (Tiefbrunnenpumpen, Hochdruckfesselpumpen, verschiedene Arten automatischer Pumpwerke u. a.). Eine zweite Unterabteilung ist der Darstellung der Wasserreinigung — verschiedene Arten von Hochbehältern — und der Wasserreinigung — Entfärbung, Enteisung, mechanische Filtrierung — gewidmet, und eine dritte Unterabteilung enthält Darstellungen über Wasserreinigung sowie statische Angaben. In allen drei Abteilungen ist durch zahlreiche Lichtbilderaufnahmen auch gezeigt, wie man vielfach mit Erfolg bemüht ist, die architektonische Ausgestaltung der Bauwerke nach Möglichkeit dem Landschaftscharakter anzupassen.

Die Abteilung „Feldbereinigung“ bringt Beispiele von vorbildlichen Grundstückszusammenlegungen (Großachsen) und ausgedehnten Bewässerungen im Neckargebiet (Altschweier, Orenberg, Oberrotweil), sowie statische Darstellungen über die Feldbereinigung seit 1878.

Die Abteilung „Kulturverbesserung“ endlich zeigt in technischen Zeichnungen und zahlreichen Lichtbildern einige der bekanntesten Kulturunternehmen der Nachkriegszeit: die Korrektion der alten Dreifalt mit Ent- und Bewässerung und Feldbereinigung, die Mainabderbesserung mit Renhofkorrektion sowie die großen Entwässerungsunternehmen in der Rheinebene bei Lindeheim, Oberhausen, Rheinsheim-Suttenheim und im Neckargebiet sowie statische Angaben über die Entwicklung der Meliorationen und der Wassergenossenschaften seit 1878.

### Frankreich und England gegen Abschaffung der Tanks

#### Deutschland verlangt Gleichberechtigung

Der Landabstimmungsausschuss in Genf beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage der Tanks, deren vorbehaltlose Abschaffung Deutschland beinahe einstimmig fordert.

Die Vertreter Frankreichs und Englands ließen deutlich erkennen, daß sie die Tanks nicht abschaffen wollen. Grundlage der Beratungen bildete ein französisch-englischer Fragebogen, der einen Sachverständigenausschuss zur Beantwortung vorgelegt werden soll. Die Taktik der Engländer und der französischen Delegation zielte dahin, die Fragen schon so zu formulieren, daß der Angriffscharakter mindestens der leichten Tanks abgewandt oder überhaupt verneint werden kann. Den Vertretern Ungarns und Deutschlands gelang es aber, eine Formulierung des Fragebogens durchzusetzen, aus der der Angriffscharakter der großen und der kleinen Tanks klar hervorgeht. Die deutsche Delegation wird auch in den künftigen Beratungen mit Nachdruck auf Abschaffung der im Versaillesvertrag Deutschland als Offensivwaffe ausdrücklich vorbehaltenen Tanks bestehen.

Das neue estländische Parlament hat nach den Wahlen folgende Zusammensetzung: Bauernpartei 42 (früher 38), Nationale Mittelpartei 32 (35), Sozialdemokraten 22 (25), Arbeiterpartei (Kommunisten) 5 (6), Deutsch-Schwedischer Wahlklub 3 (3), Splinterparteien 2.

Der türkische Ministerpräsident Ismet Paşa und der Außenminister Zevdet Rüşdy Bey sind heute, Mittwochvormittag, in Rom eingetroffen. Sie wurden auf dem Bahnhof von Mussolini begrüßt.

Annahme des englischen Zollermäßigungsgesetzes. Das englische Unterhaus hat mit 341 gegen 61 Stimmen die Bestimmung des Finanzgesetzes angenommen, wonach der Zollfreiheit ermächtigt wird, die Streichung eines Artikels von der Zollliste und die Höhe der anzuwendenden Zollsätze vorzuschlagen.

### Die Arbeitsmarktlage im Reich

#### Nur geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Mai 1932 hat sich die Frühjahrsbelegung des Arbeitsmarktes in der ersten Hälfte des Mai in langsamem Tempo fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen, die am 15. Mai bei den Arbeitsämtern gemeldet waren, ist mit rund 5670 000 nur um rund 64 000 geringer als Ende April. Der Gesamtrückgang seit Mitte März beläuft sich damit auf rund 554 000.

Die Entlastung geht nach wie vor fast ausschließlich von den Saisonberufen aus und wäre noch stärker zum Ausdruck gekommen, wenn nicht eine Gegenwirkung von einzelnen Produktionszweigen, besonders im Zusammenhang mit der erschwerten Exportlage, ausgegangen wäre. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. Mai rund 1 140 000, in der Arbeitslosenversicherung rund 1 633 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, so daß in beiden Einrichtungen zusammen mehr als 2 773 000 Arbeitslose unterstützt wurden. Demgegenüber kann für den gleichen Zeitpunkt die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen auf etwas über 2 Millionen geschätzt werden.

### Ergebnislose Staatspräsidentenwahl in Württemberg

Im württembergischen Landtag wurde am Dienstag die Wahl des Staatspräsidenten mit Stimmzetteln vorgenommen. Sie hatte folgendes Ergebnis: Dr. Schmidt (Nat. Soz.) 22, Dr. Holz 20, Keil (Soz.) 14, Dr. Ströbel (Bauernb.) 11, Köhler (Komm.) 7, Dr. Deßinger (Dnt.) 4 und Dr. Meyer (Zentr.) sowie Köster (Bauernb.) je 1 Stimme. Präsident Mergenthaler stellte hierauf fest, daß keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht habe. Die Wahl sei also negativ verlaufen und ein neuer Staatspräsident nicht gewählt.

Der Landtag vertrat sich auf heute, Mittwoch. Die Regierung Dr. Holz bleibt als geschäftsführende Regierung weiter im Amt.

Stürmische Eröffnung des Wiener Landtags. Die erste Wiener Gemeinderats- und Landtagsitzung nach den Wahlen des 24. April wurde am Dienstag eröffnet. Vor Beginn kam es beim Einzug der 17 neugewählten nationalsozialistischen Gemeinderäte vor dem Rathaus zu größeren Kundgebungen. Die Polizei mußte den Rathausplatz räumen. Bürgermeier Seitz wurde mit den sozialdemokratischen Stimmen im Gemeinderat wiedergewählt. In der konstituierenden Sitzung des Wiener Landtags wurde der bisherige Landtagspräsident Danneberg wiedergewählt.

Vollendung des Abschlusses der Zudersee. Im Laufe des heutigen Mittwochs dürfte — wie aus Amsterdam gemeldet wird —, falls nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, die letzte noch im Zudersee-Abschluß bestehende Öffnung überbrückt werden.

## Badischer Teil

### Glückwunsch der Staatsregierung an Erzbischof Dr. Gröber

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: \*\* Der Herr Staatspräsident hat dem neuernannten Herrn Erzbischof Dr. Gröber, sowie dem Erzbischof. Domkapitel zur Wiederbesetzung des Erzbischöflichen Stuhles die Glückwünsche der Staatsregierung ausgesprochen.

Die Ernennung des Bischofs von Meißen, Dr. Konrad Gröber, zum Erzbischof von Freiburg, hat nicht nur in der katholischen Bevölkerung Freiburgs, sondern auch unter dem evangelischen Bevölkerungsteil große Befriedigung ausgelöst. Dr. Gröber erfreute sich während seines langjährigen Wirkens in Freiburg bei beiden Konfessionen großer Popularität. Seine durch den Mundfunk verbreiteten Sonntagspredigten fanden immer aufmerksame Hörer, und schließlich sicherte ihm seine soziale Einstellung und sein Eintreten für eine Zusammenarbeit der christlichen Vereinigungen eine überkonfessionelle Vertiefung in allen Schichten der Bevölkerung der Stadt. Erzbischof Dr. Gröber wird in Freiburg als ein Gottesdiener empfunden werden, der der ganzen Einwohnerschaft willkommen ist.

### „Anerkennung Skandal beim Kanalbau in Rodenau und Hirschhorn“

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: \*\* Unter diesem Titel erschien in den nationalsozialistischen Tageszeitungen „Die Volksgemeinschaft“ und „Sachsenkreuzbanner“ (Nr. 115 vom 23. Mai 1932) ein Artikel, der sich mit den Lohnverhältnissen beim Kanalbau in Rodenau und Hirschhorn beschäftigte, und den Satz enthielt:

„Wir richten an die Badische Regierung, die ja die Arbeiten vergeben hat, die Frage, was sie gegen den schamlosen Lohnraub am Kanalbau zu unternehmen gedenkt?“

Hierzu wird festgestellt, daß die Badische Regierung als Unternehmerin beim Kanalbau in Rodenau und Hirschhorn nicht in Frage kommt. Unternehmerin ist vielmehr die Rodenau-Aktien-Gesellschaft, welche auch allein für die Vergabe der Arbeiten zuständig ist.

### Vor der Inbetriebnahme der neuen Rheinbrücke Ludwigshafen-Mannheim

Wie Vizepräsident Eickenmayer von der Reichsbahndirektion Ludwigshafen in einer Rundfunkreportage vom Rheinbrücken-neubau mitteilte, wird nach Durchführung der Belastungsprobe, die für den 6. Juni vorgesehen ist, bis 15. Juni der Eisenbahnverkehr über die neue Brücke auf dem äußeren Geleise aufgenommen, der zweigleisige Bahnverkehr bis 21. Juni. Der Umbau der alten Brücke in eine den Anforderungen des Verkehrs entsprechende Straßenbrücke wird voraussichtlich bis zum Oktober vorgenommen sein. Die endgültige Inbetriebnahme des geordneten doppelten Rheinbrückenverkehrs wird dann endgültig noch im Laufe des Monats Oktober erfolgen.

In der Baden-Badener Theaterfrage ist bisher eine Lösung noch nicht getroffen worden. Der Vorschlag der Theaterdirektion, dem Theater einen Zuschuß von 40 000 RM. zu geben, mußte im Hinblick auf die gespannte städtische Finanzlage abgelehnt werden. Die nächsten Tage werden über den Fortbestand des Theaters entschieden.

Goethe-Fest in Selenheim. Am Sonntag fand im Rahmen der Straßburger Goethe-Woche, deren Veranstaltungen hauptsächlich aus Vorträgen von Professoren der Straßburger und von anderen französischen Universitäten bestanden, in Selenheim eine Erinnerungsfest an Goethe und Friederike Brion statt, die einen stimmungsvollen Verlauf nahm. Den Hauptvortrag hielt der Straßburger Universitätsprofessor Spentke. Aus Selenheim (Baden) war eine Abordnung des Gemeinderats unter Führung des Bürgermeisters Reich erschienen.



# Badische Kultur und Geschichte

Nr. 21

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 120

25. Mai 1932

## Zum 100. Jahrestag des Hambacher Festes

(27. Mai 1832)

I.

### 1. Die Vorgeschichte

Nicht weit von dem Pfälzer Weinort Neustadt a. S. erhebt sich auf der Höhe die Marburg oder das Hambacher Schloß, das vor hundert Jahren der Schauplatz des großen Freiheitsfestes war. Um die freiheitliche Erhebung und Bewegung jener Tage verstehen zu können, muß man in der Geschichte rückwärts blättern. Sie führt uns zurück in die Jahre der Freiheitskämpfe des Jahres 1813, in denen deutsche Männer und Jünglinge Gut und Blut für die Befreiung des Vaterlandes und des Volkes hingegossen hatten. Diese errungene Freiheit sollte aber auch dem Volke Befreiung von alten, längst überlebten Verpflichtungen bringen und neuzeitliche Staatsformen schaffen, in denen den Männern des Volkes Gelegenheit gegeben war, zur Mitarbeit in der Regierung. Man hatte dem Volke so vieles versprochen und erhoffte nun von dem Wiener Kongreß, der die Verhältnisse zu regeln hatte, Einlösung des Versprechens. Aber in Wien begann ein Feilschen und Handeln um die Throne der Fürsten und deren Länder, fast vergaß man darüber die Forderungen des Volkes. Der Freiheitsgedanke war erwacht, und die Führer dieser Bewegung waren nicht müßig, auf Beschlässe zur Änderung der Landesverfassungen zu drängen zur freiheitlichen Gestaltung des Volkslebens.

Neue Verhandlungen nach der Vertreibung des von der Insel Elba zurückgekehrten französischen Eroberers führten zur

### Gründung der Heiligen Allianz 1815

Österreich, Rußland und Preußen schlossen diesen Bund zur gemeinsamen Niederhaltung ihrer Völker und zur Aufrechterhaltung des alten absolutistischen Systems, denn das durch die Volkserhebung gegen Napoleon erwachte und sich immer weiter ausbreitende Volksbewußtsein beängstigte sie mehr und mehr, und es begann ein erbitterter Kampf gegen jede freie Regierung des Volkes. Bekannt ist ja der Ausspruch des reaktionärsten aller Minister, des Freiherrn von Metternich, der da sagte: „Europa braucht Ruhe!“ Und diese Ruhe glaubte er in der Durch- und Fortführung des alten Regierungssystems zu finden, denn jede Erneuerung könnte die Ruhe stören. Aber der durch die Freiheitskämpfe entsachte neue Geist lebte im Volke fort, und als am 18. Oktober 1817 zur Feier des 300jährigen Bestehens der Reformation über 500 Akademiker aus allen Teilen Deutschlands auf der Wartburg sich zusammensanden, griffen die Reden auch über auf die bestehenden Fragen; geharnischte Proteste fanden begeisterte Zustimmung. Bestürzt hörten die Regierungen die aufreizenden Reden, und als nun gar zwei Jahre später die Ermordung Kobens durch den Studenten Sand in Mannheim sich als eine Folge jener freiheitlichen Bestrebungen herausstellte, ergriffen die Regierungen die schärfsten Maßnahmen. Selbst der Sänger Deutschlands, Ernst Moritz Arndt, der begeisterte Held, wurde des Hochverrats verdächtigt, mit ihm der Turnvater Jahn, weil beide die deutsche Einheit als das höchste erstrebenswerte Ziel aller rechtlich denkenden Männer verkündeten.

In mehreren deutschen Staaten, z. B. Baden, Württemberg, Bayern, Hessen-Darmstadt, waren landständische Verfassungen eingeführt worden unter gerechten Fürsten; andere widerlegten sich dem Willen des Volkes, sie wurden darin bestärkt durch die Karlsbader Beschlüsse. Zur Unterdrückung der demagogischen Umtriebe wurde ein besonderes Untersuchungsgericht eingesetzt, die Wissenschaften wurden aufgelöst, die Lehrtätigkeit der Professoren überwacht. Wer sich dem Turnen verschrieben hatte, galt von vornherein für einen Feind der Regierung und als staatsgefährlicher Mensch. Am schlimmsten aber erging es den Zeitungen: die Zensur arbeitete in der rigorossten Weise und unterdrückte jede freiheitliche Regung. Mißliebige Personen wurden ohne Grund ihres Amtes entsetzt, das Vereins- und Versammlungsrecht aufs äußerste beschränkt.

Da kam plötzlich die Kunde von Frankreich, daß in einem Aufstand des Volkes gegen die königliche Regierung die königstreuen Truppen in einem dreitägigen Aufstand niedergeworfen und der König und seine Familie vertrieben worden seien. Dieser Barrikadenkampf vom 27. Juli 1830 erweckte in den Herzen aller deutschen Freiheitsmänner die größten Hoffnungen, namentlich in der Pfalz, welches Land ja längere Zeit zu Frankreich gehört hatte und vermöge seiner Nachbarschaft mit demselben noch immer gute Beziehungen aufrecht erhielt, regte sich der Geist der Freiheit gegen den Absolutismus, den das System Metternich überallhin gebracht hatte.

Die Rheinpfalz war am 1. Mai 1816 endgültig an Bayern gekommen, das wie alle anderen Länder damals tief im Feudalismus steckte, was sich besonders in den politischen Institutionen, in der Verwaltung und der Rechtspflege ausdrückte. In der Rheinpfalz war durch die zeitweise Einordnung in die französischen Verhält-

nisse eine weit größere ökonomische Beweglichkeit und weit mehr politische Freiheit vorhanden, und dieser Gegensatz zwischen Alt-Bayern und dem weit fortgeschritteneren Rheinpfalz mußte zu Reibereien führen. Die Rheinpfalz fand in der Münchener Regierung lange nicht die Berücksichtigung und Fürsorge, die sie vermöge der aus ihr gezogenen Einkünfte verdiente, im Gegenteil, sie wurde wirtschaftlich vernachlässigt, mit weit größeren Steuerlasten bedacht, eine starke Verarmung griff Platz. Grundstücksverkäufe mußten getätigt werden, der Zehnten war noch nicht abgelöst, die Verschuldung belief sich auf 30 Millionen Gulden. Den Armen fehlte es an Holz; die schwersten Strafen wurden auf Forttrevell ausgesprochen. Zu schlechten Weinjahren gestellten sich falsche Zollmaßnahmen der Regierung; gegenüber den anderen bayerischen Gebieten war der Rheinkreis mit einer bedeutend größeren Steuerlast beglückt. Von den Napoleonischen Kriegen her besaß die Bevölkerung noch große, anerkannte Forderungen an die französische Regierung; diese wurden aber erst an die bayerische Staatskasse und dann nach erheblichen Abzügen an die eigentlichen Empfänger bezahlt. So häuften sich Not, Schulden, Erbitterung, Verarmung, Strafen, Teuerung und Gewalttätigkeiten, so daß es nur eines schwachen Funken bedurfte, um einen großen Brand zu entfachen.

Da kam die Pariser Julirevolution, die Belgier waren in ihren Unternehmungen auch glücklich, für die von den Russen niedergeworfenen Polen, die die deutschen Lande überschwemmten, regte sich das Mitgefühl: alle diese Dinge waren geeignet, den Widerspruch, der sich bisher nur schichtern herborgegahrt hatte, zu verstärken, die liberalen Elemente vereinigten sich, und trotz der zu gewärtigenden strengen Strafen wußte sich die liberale Presse zum Anwalt des bedrückten, erbitterten Volkes auf. Man kann sich denken, daß die Regierung in München die Vorgänge in Frankreich und Belgien mit Unruhe verfolgte und sich durch ihre Getreuen über die Stimmung in der Rheinpfalz berichten ließ. Was sie da zu hören bekam, war nichts weniger als erfreulich. Die Landtagswahlen 1831 endlich, die mit dem Sieg der Opposition geendet hatten, ließen keine Zweifel mehr über die Stimmung des Volks. Doch nicht in der Rheinpfalz allein, in allen deutschen Staaten hatte die Pariser Julirevolution die freiheitlich gesinnten Männer in die Schranken gerufen. An der Spitze der Freiheitsbewegung in der Pfalz standen die freisinnigen Deputierten der Pfalz, die im bayerischen Parlament ihre Sache rühmlich vertraten, in ihrer Minderheit aber einen Beschluß zur Besserung der Verhältnisse durchzuführen nicht imstande waren. Ihr Empfang in der Heimat gestaltete sich zu einer glänzenden Heerfahrt; trotz des strengen Presseverbots flatterten Flugblätter in Dorf und Stadt; Freiheitsbäume nach französischem Muster wurden gesetzt, nur ein Ziel kannten alle: die Wiedergeburt des Vaterlandes.

In diesen Tagen der freiheitlichen Bewegung erschien plötzlich in der „Neuen Spenerer Zeitung“ ein Aufruf zur Feier eines allgemeinen Konstitutionsfestes auf dem Hambacher Schloß am 27. Mai 1832. Dieser Aufruf tat aber erst seine Wirkung, als er zum zweiten Male erschien, unterschrieben von 32 Neustädter Bürgern. Mit der Überschrift

### „Der Deutschen Mai“

wandten sich die Neustädter an alle deutschen Stämme. „Auf, ihr deutschen Männer und Jünglinge, welchen der heilige Funke des Vaterlandes und der Freiheit die Brust durchglüht, strömt herbei! Deutsche Frauen und Jungfrauen, schmücket und belebet die Versammlung durch euere Gegenwart. Kommt alle herbei zu friedlicher Besprechung, inniger Erkennung, entschlossener Verbrüderung für die großen Interessen, denen ihr eure Liebe, euere Kraft geweiht.“ Mit diesen Worten ging der Aufruf hinaus auf das Land. (Schluß folgt.)

## Pfingsten in Baden-Baden

Von Friz Schöber, Heilbronn

Pfingsten fiel in diesem Jahr ziemlich früh. Dazu kam, daß die Kälte sehr lange anhielt. So geschah es, daß die Glycerinen, an denen Baden und seine Umgebung besonders reich ist, ihre zarvioioletten Blütentrauben in diesen Pfingsttagen noch kaum gezeigt hatten. In den herrlichen Anlagen an der Dos fehlten die Farben der Azaleen und der Rhododendren. Heiß brannte die Sonne vom Himmel. Gewaltig war das Menschen- und Autogewimmel, aber in der Pflanzenwelt fehlten an den meist begangenen Wegen die leuchtenden Farben der Blüten des Frühommers. Man sah sie wohl im Park des Schlosses Solms. Man sah sie sogar in märchenhafter Pracht im Garten der bekannten Gärtnerei von Vogel-Partweg. Nicht zuletzt am festlich geschmückten Hochaltar der ehrwürdigen Stiftskirche. Der Pfarrer muß ein großer Ästhet sein. Nicht nur, daß der Altar in ein Blütenmeer getaucht schien, sondern wohl drei Duzend brennender Kerzen auf silbernen Leuchtern stammten über den Blumen, an das Fest des Heiligen Geistes lebhaft gemahnend, der zu Pfingsten in der Gestalt von Feuerzungen auf die Jünger niedergegangen war. Es waren aber auch etwa 20 Ministranten, deren

zinnobereote Kalare durch den weißen Chorrock angenehme Milderung erfuhren. Dazu in Purpur und Gold die Gewänder der amtierenden Geistlichkeit. Fürwahr, es war ein jubelnder Afford von Licht und Farbe, den dieser Hochaltar ausströmte. Der Kirchenchor trug dabei eine Festmesse von dem Salzburger Komponisten Mehner vor. Charakteristisch dadurch, daß dieses Opus in erster Linie vom Sopran mit vielen Soli getragen wird, und einer Begleitung von sechs Bläsern. Mir machte das Werk starken Eindruck. Es verleugnet sich wohl nicht, daß es aus Brudners Heimat kommt. Ich fand in dem Werke selbst, wie in seiner Darbietung eine würdige Ergänzung des festlichen Eindruckes, der vom Altare ausging. Pfingsten, ein frohes Fest der Christenheit! Dankbar gedenke ich der Beihelfenden in der Stiftskirche.

Mein Blick wurde gefesselt durch zwei Grabdenkmäler. Das eine bescheiden und geschmackvoll in Renaissance, das andere mächtig, prunkvoll, überladen, um nicht zu sagen protzig, in Barock. Das schlichte Renaissance-Epitaph stellt den Markgrafen Willibert mit seiner Frau unterm Kreuze kniend dar. Geboren 1536, fiel dieser Fürst bereits am 3. Oktober 1569 und zwar in einem Gefecht bei Montcontour, das der König von Frankreich seinen auführerischen Unterthanen geliefert hatte. Ein badischer Markgraf also in französischen Diensten! Die Franzosen haben in der Zeit, wo sie unter Ludwig XIV. die ganze Pfalz zerstörten, auch die Badener Stiftskirche niedergebrannt. Wie in Heidelberg bei der Zerstörung des Schlosses, so war es auch in Baden-Baden Melac, der den Befehl über die französischen Truppen führte. Melac! Durch die Jahrhunderte im Wscheu unseres Volkes lebendig, in Frankreich den heutigen Franzosen kaum bekannt.

Es ist ein auffallender Gegensatz, in dem das riesige Barock-Monument Markgraf Ludwig Wilhelms von Baden, gestorben 1707, zu dem seines Vorfahren Willibert steht. Dort Schlichtheit und Gebet unterm Kreuze. Hier der „Türkenlouis“, der Sieger in vielen Schlachten, allein über einem Sarkophag in Heldepose. Es umgeben ihn in reicher Bewegung Engel und Genien, Kugeln und Kanonen. Totenköpfe lugen aus dem Gewimmel.

Nachdenklich betrachtet sich der Beschauer den verschiedenartigen Ausdruck der Zeiten und denkt an die Wiederkehr des immer Gleichen, den gerade Baden-Baden ist reich an schloßartigen Gebäuden mit Türmen und reichen Fassaden in einer „Renaissance“, die man vor einem halben Jahrhundert kultivierte. Noch bis in den Anfang dieses Jahrhunderts liebte man solche Prunkbauten. Heute stellen sie zum großen Teil auch „Grabdenkmäler“ vor. Wer will und wer kann heute in solchen Häusern mit ihrer Raumerschöpfung und ihrem Fassadenprunk noch wohnen? Mein Wunder, daß in den vornehmen Villenstraßen ein Haus um das andere zum Verkauf steht. Der gewaltige Verkehr in Baden-Baden zog nur eine Masse über das Gles, das aus diesen Käuferverkeufen, den vielen freien Räden und den großen Wohnungen spricht, die heute überall zu haben sind. Heitere Musik, die Sonne, der blaue Himmel, die Veranftaltungen, der Zauber der gepflegten Anlagen, das große Feuerwerk ließ vergessen, wie ernst das Gesicht zur Zeit auch von Baden-Baden ist. „Was wollt Ihr denn? Euch geht es doch sehr gut!“ urteilen vorzeitig zahlreiche Ausländer, die auch zu den Pfingsttagen nach Baden-Baden herbeigeiligt waren und in den überfüllten Hotels kaum noch Unterkunft fanden. „Alles im Butter“ war für diese Leute bei flüchtigem Hinschauen der Eindruck. Sie hören von unserem Jammer und wundern sich dann, daß bei einem derartig verarmten Volk noch Pfingsttage in ihrem Trudel möglich sind, wie sie Baden-Baden zeigte. Am Pfingstmontagabend war der Zauber schon fast wieder verfliegen.

Auch eine sehr anziehend gestaltete Modeschau der Firma Gerstel in Berlin konnte frohen Eindruck erwecken, als ob es uns wirklich gar nicht so schlecht ginge, wie wir das immerhin ziemlich laut und unentwegt zum Ausdruck bringen. Ich glaube aber kaum, daß die genannte Modeschau trotz der gebotenen geschmackvollen Auswahl und ihrer Anstrengungen große Geschäfte gemacht hat. Ich stelle übrigens fest, daß auch der große Hut sein Feld noch behauptet. Ganz kurze Pelzjäckchen und Stulpenhandschuhe scheinen mir das Allernotwendigste zu sein, was gerade jetzt auch die Dame eines armen Volkes dringend braucht.

Das Lob eines Schuhmanns möchte ich singen. Ich wollte den Hauptplatz der Stadt quer überschreiten. Der Schuhmann ruft mir zu: „Entschuldigen Sie, Sie dürfen nicht quer über diesen Platz gehen!“ „Entschuldigen Sie“, hat also der höfliche Diener der Ordnung gesagt. Können Sie sich vorstellen, warum mir das aufgefallen ist, und warum ich es hier ausdrücklich anerkenne? (Weil es im Norden, in Preußen, Schulleute geben soll, die nicht so höflich sind. Bei uns sind alle höflich. Red.)

Eben schon erwähnte ich, daß derjenige, der warten kann, die Wiederkehr des immer Gleichen erlebt. Die „Simpelsfranken“ scheinen wieder zu kommen. Ich habe sie wenigstens mit heiterer Miene wieder entdeckt.

Es ist also auch nichts so dumme. Es findet wieder sein Publikum. Ich erinnere mich eines Tages in der Zeit vor wenigstens drei Jahrzehnten, wo ich bei einer ziemlich starken Dame beobachtete, wie an jeder „Simpelsfranke“ ein Ölkopfen hing. Nun, wir haben jetzt magerere Zeiten.

Druck G. Braun, Karlsruhe.